

Fünffacher Verfassungsbruch

Von Christoph Mörgeli, Weltwoche

Jede Änderung der Bundesverfassung bedarf der Zustimmung von Volk und Kantonen. Die EU-Anbindungsverträge ändern die Bundesverfassung mindestens fünf Mal.

Da ist zum Ersten Zweckartikel 2, wonach die Schweizerische Eidgenossenschaft «die Freiheit und die Rechte des Volkes schützt» und «die Unabhängigkeit des Landes wahrt». Die neuen Verträge brechen dies, indem Brüssel in wichtigsten politischen Fragen das Recht setzen, das Volk als Gesetzgeber entmachten und die bisher unabhängige Schweiz in den EU-Rechtsraum mit EU-Richtern eingliedern würde.

Ebenfalls gebrochen würde Artikel 34, der die politischen Rechte gewährleistet: «Die Garantie der politischen Rechte schützt die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe.» Die vorgesehene EU-Unterwerfung setzt sich über diese Bestimmung hinweg, indem sie für die Bürger unvorhersehbare Sanktionen erlaubt. Diese Drohkulisse bei jedem der EU missfallenden Entscheid des Souveräns macht die Garantie der freien Willensbildung und der unverfälschten Stimmabgabe zunichte.

Drittens brechen die EU-Verträge den Verfassungsartikel 121a, wonach die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern «eigenständig steuert» – mit «jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten». Auch diese Bestimmung wird durch die neuen, ausgeweiteten Bestimmungen über die Personenfreizügigkeit vollständig ausgehebelt. Ebenso setzen sich die EU-Verträge über Artikel 121 hinweg, der die Ausschaffung schwerkrimineller Ausländer regelt. Gemäss Wortlaut der Vereinbarung mit Brüssel würden Ausschaffungen im Sinne von Volk und Ständen nie und nimmer möglich sein.

Zum Fünften foutieren sich Bundesrat, Verwaltung und eine Mehrheit der Politiker um Verfassungsartikel 140: «Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet: die Änderungen der Bundesverfassung.» Genau das wollen sie mit der Ausschaltung des Ständemehrs unterlaufen – obwohl die EU-Verträge die Bundesverfassung mehrfach verändern. Das ist mehr als nur geistiges Unvermögen. In der Schweizer Europapolitik ist die kriminelle Energie noch nie knapp geworden.

<https://weltwoche.ch/story/fuenffacher-verfassungsbruch/?postcomments>